



PRESSEMITTEILUNG

Nr.211/GP

09.09.2020

Huml: Psychische Erkrankungen dürfen kein Tabu sein - Bayerns Gesundheitsministerin anlässlich des Welttags der Suizidprävention am 10. September

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat anlässlich des Welttags der Suizidprävention am 10. September für einen offeneren Umgang mit psychischen Leiden in der Gesellschaft geworben. Huml betonte am Mittwoch: "Viele Suizide können vermieden werden, wenn Menschen in psychischen Notlagen rasche und wirksame Hilfe bekommen. Angst vor Ausgrenzung kann aber verhindern, dass rechtzeitig notwendige Unterstützung in Anspruch genommen wird. Daher ist eminent wichtig: Betroffene müssen sich von der Gesellschaft akzeptiert und eingeschlossen fühlen, psychische Erkrankungen müssen weiter aus der Tabuzone geholt werden.

Um die Bevölkerung für mögliche psychische Folgen der Corona-Pandemie zu sensibilisieren, wird die erfolgreiche Kampagne „Bitte-stör-mich“ ab nächster Woche fortgeführt. Diese im Jahr 2016 erstmalig gestartete Kampagne soll die Menschen dafür sensibilisieren und motivieren – ganz besonders während Corona – auf Mitmenschen und die eigene psychische Gesundheit zu achten.

Ziele der Kampagne sind neben der Aufklärung der Bevölkerung über die Erkrankung Depression als einer der häufigsten psychischen Störungen auch, Betroffenen und ihren Familien Mut zu machen, offener mit einer psychischen Erkrankung umzugehen und frühzeitig fachkundige Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Huml ergänzte: "Besonders viele ältere Menschen achten momentan darauf, ihre sozialen Kontakte soweit wie möglich zu reduzieren, um das Ansteckungsrisiko mit COVID-19 zu minimieren. Diese mit Blick auf die Corona-Pandemie richtigen und wichtigen Maßnahmen können jedoch andererseits dazu führen, dass Betroffene unter dieser Isolation leiden. Besonders in der jetzigen Lage ist es daher wichtig, frühzeitig auf Mitmenschen zuzugehen und diese nicht alleine zu lassen."

Zur Suizidprävention von Kindern und Jugendlichen fördert die Staatsregierung das wichtige Projekt Nürnberg. Jüngere Menschen in Suizidgefahr können sich dabei vertraulich und anonym an die Beratungsstelle per Mail wenden. Die Beratung erfolgt durch gleichaltrige Ehrenamtliche. Diese werden von



professionellen, hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgebildet und regelmäßig fachlich begleitet (<https://www.u25-nuernberg.de/>).

Die Ministerin fügte hinzu: "Außerdem arbeiten wir – zusammen mit den Bayerischen Bezirken – derzeit mit Hochdruck an einem deutschlandweit einmaligen psychosozialen Beratungs- und Hilfeangebot für Menschen in psychischen Krisen als einem Kernelement des Hilfeteils des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes. Unter einer einheitlichen Rufnummer sollen sich Betroffene rund um die Uhr an den für Sie regional zuständigen Krisendienst wenden können, der niederschwellig und kompetent Hilfe und Beratung bieten und zudem eine Lotsen- und Steuerungsfunktion im psychiatrischen Versorgungssystem übernehmen soll."

Flächendeckende Krisendienste gibt es bereits in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Es ist geplant, dass die Krisendienste ab dem 1. Juli 2021 bayernweit einsatzfähig sein werden. Für Aufbau und Betrieb der Leitstellen sind als Kostenerstattung durch den Freistaat im aktuellen Doppelhaushalt insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen, während die Bayerischen Bezirke die Finanzierung der mobilen Teams übernehmen.

Weitere Informationen zur aktuellen Kampagne "Bitte stör mich – Aktiv gegen Depressionen" finden Sie auch im Internet unter: <https://www.bitte-stoer-mich.de/>. Das bayerische Gesundheitsministerium hat zudem weitere Informationen, Hilfeangebote und Tipps rund um die seelische Gesundheit auf seiner Homepage zusammengestellt.